



Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung

Lennéstrasse 1 (Schloss)
19053 Schwerin

Per E-Mail: innenausschuss@landtag-mv.de

Schwerin, den 20.09.2022



Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei darf ich Ihnen die schriftliche Stellungnahme des Landesjugendringes zum Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes zukommen lassen.

An der Anhörung wird unser Vorstandssprecher Johannes Beykirch teilnehmen.

Bei weiteren Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Anna Herbst

Stellungnahme zur Absenkung des Wahlalters

Der Landesjugendring M-V e.V. begrüßt die zügige Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Diese Absenkung ist schon lange eine Forderung von Jugend im Landtag und ist seitdem auf der jugendpolitischen Agenda des LJR.

Endlich wird nun auf Landesebene dem entsprochen, was schon seit 1999 auf kommunaler Ebene gängige Praxis in Mecklenburg-Vorpommern ist. Nach Brandenburg, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein hat sich nun auch M-V zu diesem Schritt entschieden, der für den LJR M-V e.V. aus jugendverbandlicher Perspektive ein logischer und unabdingbarer ist.

Durch die Einbindung der 16- und 17jährigen in das aktive Wahlrecht wird unsere Demokratie gestärkt, weil eine größere Summe der in Deutschland lebenden Personen beteiligt und zudem der Marginalisierung der jungen Generation, die durch die demographische Entwicklung fortschreitet, etwas entgegengewirkt wird.

Die jungen Menschen brauchen mehr und vor allem auch wirksame Mitbestimmung, nur so können sie sich als aktiver und gestaltender Teil der Gesellschaft verstehen und Entscheidungen für ihre Zukunft mittragen und resignieren nicht angesichts einem Gefühl von Fremdbestimmung. So wird Demokratie als Gesellschaftsform unter den jungen Menschen tiefer verankert, eine Identifikation ermöglicht - die wirksame Teilhabe an demokratischen Prozessen dient somit auch der Demokratieentwicklung und ihrer Stabilität.



denn auch wenn es aus unserer Sicht die beste Gesellschaftsform ist, müssen Menschen immer wieder neu für sie gewonnen werden, muss sie doch immer wieder neu gelernt werden.

Die jungen Menschen wollen lernen, und sind auch in der Lage dazu.

Sie treffen früh - weit früher, als mit dem Erreichen der Volljährigkeit - Entscheidungen, die relevant für ihr weiteres Leben sind:

Die bewusste und eigene Entscheidung für die Religion kann bereits ab 14 Jahren getroffen werden, sie sind eingeschränkt strafmündig und dürfen auch in eine Partei eintreten.

Zudem entscheiden sich viele unter 18 Jahren für einen Ausbildungsgang, was maßgeblich für ihren späteren Lebensweg ist.

In der Jugendverbandsarbeit erleben wir, dass die jungen Menschen schon früh in der Lage sind, informierte und reflektierte Entscheidungen zu treffen, Verantwortung zu übernehmen und für die sie betreffenden Themen einzustehen: Durch den Erwerb sozialer und politischer Kompetenzen im Rahmen der Jugendleiter*innen Ausbildung leiten sie mit 16 Jahren eigene Gruppen an. Jugendgruppenleiter*innen übernehmen auf Ferienfahrten für Gruppen Verantwortung und begleiten sie oftmals ohne erwachsene Hauptamtlichkeit. Dies ist eine gängige jugendverbandliche Praxis, wie sie seit Jahrzehnten durchgeführt wird, und die ständige Nachfrage und der hohen Stellenwert jugendverbandlicher Ferienfahrten zeigen, dass die Jugendlichen dafür über die notwendige Reife und das Reflexionsvermögen verfügen - ihre Sache also sehr gut machen.

Zudem nehmen die Jugendlichen in unterschiedlichsten Gremien Verantwortung wahr, indem sie die für sie vorgesehenen Plätze nicht nur besetzen, sondern für ihre Sache gegenüber den erwachsenen Gremienmitgliedern eintreten. Es mag aus unserer jugendverbandlichen Perspektive ein Allgemeinplatz sein, aber wir wollen das hier gerne noch einmal sagen, weil wir es immer wieder bestätigt sehen:

Junge Menschen sind Expert*innen für ihre eigene Lebenswelten und somit die besten Ansprechpartner*innen.

Wir wollen hier in Mecklenburg-Vorpommern ein Leben mit und für alle Generationen gestalten, daher ist es umso wichtiger, dass junge Menschen aktiv ihre Gegenwart und Zukunft politisch mitgestalten. Somit ist die Absenkung des Wahlalters ein deutliches Signal an die jungen Menschen, dass sie an einer demokratischen Gesellschaftsordnung mitbauen können und ihre Interessen ernst- und wahrgenommen werden.

Der Europäische Rat hat sich auch für die Wahlalterabsenkung ausgesprochen, um jungen Menschen ihre demokratische Rechte zu ermöglichen, denn das Wahlrecht ist ein grundrechtgleiches Recht, das gemäß unserem Grundgesetz nicht an die Volljährigkeit und an keine Pflichten geknüpft ist.

Die Einschränkungen der Rechte von Minderjährigen dienen oftmals als Schutzfunktion (Jugendstrafrecht; Zigaretten- und Alkoholkonsum; etc.) - aber diese Schutzfunktion passt an dieser Stelle nicht, da das Wahlrecht nichts ist, wovor die jungen Menschen geschützt werden müssen - es ist ja weder gesundheits- noch entwicklungsgefährdet.

Es gibt zahlreiche empirische Studien, die belegen, dass auch die 16- und 17jährigen über das notwendige politische Wissen und die Kompetenz verfügen, um zu einer Wahlentscheidung zu kommen - und auch die Ergebnisse der letzten U-18-Wahlen zeigen, dass ihr Wahlverhalten ebenso vielfältig ist, wie das aller anderen Wahlberechtigten.

Rein statistisch gesehen bestimmt die Erstwahlbeteiligung eines Jahrgangs das Niveau der Wahlbeteiligung des gesamten Wahllebenszyklus - ein Wahlrecht ab 16 Jahren bietet somit die Chance, die Wahlbeteiligung langfristig zu steigern (da haben wir ja auch noch Luft nach oben).

Das setzt natürlich voraus, dass Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren durch aktivierende Maßnahmen motiviert werden, sich mit den Wahlen auseinanderzusetzen.

Dabei ist es uns aber ein Anliegen, dass diese aktivierende Maßnahmen sich nicht allein auf Schule konzentrieren.

Die außerschulische Bildung ist aus unserer Sicht DER Lernort für demokratische Prozesse und auch politische Bildung - das zeigt nicht zuletzt der 16. Kinder- und Jugendbericht, der konstatiert, dass Vieles in der jugendverbandlichen Arbeit auch politische Bildung ist! Jugend(verbands)arbeit beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Hier bekommen Kinder und Jugendliche Räume angeboten, um positive Demokratieerfahrungen zu machen, ihre eigene Position zu etablieren und ihre demokratischen Rechte



wahrzunehmen. Sie lernen, Kompromisse auszuhandeln und auch auszuhalten und erfahren Selbstwirksamkeit - für ein "demokratisches Reifen" eine unabdingbare Erfahrung.

Gerade nach den letzten Jahren mit der Pandemie-Erfahrung muss die Beteiligung von jungen Menschen ein neuer gesellschaftlicher Schwerpunkt sein, damit junge Menschen sich als einen wichtigen Teil der Gesellschaft verstehen, der die Demokratie auch für die Zukunft stärkt und mitgestaltet.

Damit die Jugendverbände dies in gewohnter - und nun auch politisch gewünschter - Qualität weiterhin anbieten können, reichen die bisher eingestellten Haushaltsmittel nicht - es braucht, wenn wir das verlässlich gestalten wollen, für den Beginn erstmal die im Landesjugendplan Zuwendungsbereich 6 ermöglichte 90%ige Finanzierung der Landesjugendverbände.